

„Wir müssen nachbessern“

SPD-Verteidigungsexperte Rainer Arnold plädiert für Korrekturen an der Bundeswehrreform – Hoffnung für Standorte im Südwesten?

VON NORBERT WALLET
AUS BERLIN

BERLIN/STUTT GART. Die Bundeswehrreform ist ein großer Kraftakt. Die SPD sieht an einigen Stellen dringend Bedarf nachzubessern – auch bei Standortentscheidungen. Im Südwesten könnten gleich mehrere Orte betroffen sein. Der in Baden-Württemberg zuständige Minister Alexander Bonde (Grüne) forderte rasch Klarheit über den Stand des Umbaus der Streitkräfte. Was die betroffenen Standorte im Land vor allem brauchen, ist schnelle Klarheit und Planungssicherheit sowie endlich eine vernünftige Unterstützung durch die Bundesregierung im Konversionsprozess“, sagte er am Freitag. Der Sprecher der Standortkommunen in Baden-Württemberg warnte vor falschen Hoffnungen. Im Gespräch mit unserer Zeitung erklärt der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, der Nürtinger Abgeordnete Rainer Arnold, seine Position.

Herr Arnold, will die SPD die Bundeswehrreform wieder zurückdrehen?

Nein, sicher nicht. Im Koalitionsvertrag haben wir vereinbart, dass die Reform nachgesteuert werden muss. Warum? Weil die Zeit über die Reform teilweise hinweggegangen ist, und weil es innerhalb der Nato neue Sichtweisen gibt. Dazu legen wir Vorschläge vor. Das wird die Bundeswehr nicht durcheinanderwirbeln.

Aber wer das Riesenpaket an einer Stelle auf-

macht, stellt doch zwangsläufig auch wieder das Gesamtprojekt in Frage.

Nein. Nur in zwei begrenzten Bereichen machen wir strukturverändernde Vorschläge. Erstens sind wir der Meinung, dass wir mehr Feldjäger brauchen. Das ist eine Fähigkeit, die gerade bei der internationalen Krisenbekämpfung extrem gesucht ist. Unsere Feldjäger sind aber schon jetzt sehr belastet, und wir haben keine Gendarmerie wie andere Länder. Wenn wir nun 200 Feldjäger mehr wollen, schmeißt das nicht die Struktur der Bundeswehr über den Haufen.

Und der zweite Punkt?

Zur Person

Rainer Arnold

- **1950** in Stuttgart geboren
- **1967 – 1970** Lehre als Fernmeldemonteur
- **1974 – 1978** Studium an der PH Esslingen
- **seit 1998** für die SPD als Nürtinger Abgeordneter im Bundestag
- **seit 2002** verteidigungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- verheiratet, ein Sohn (StN)



Photo: dpa

Wir halten es für falsch, die bestellten NH90-Transporthubschrauber nicht in der vereinbarten Zahl abzunehmen, wie es das Ministerium vorhat. Es ist nicht sinnvoll, Regresse zu zahlen, um dann weniger Hubschrauber als vorgesehen zu haben. Hubschrauber sind international in den Armeen Mangelware. In Nato und EU wird es eine weitere Dynamik in Richtung verzahnter militärischer Fähigkeiten geben. Alle Länder reduzieren aus Kostengründen den Personalumfang der Truppen. Dann wird aber Transportfähigkeit in der Luft umso wichtiger.

Was schlagen Sie vor?

Wir schlagen vor, die rund 35 Hubschrauber, um die es geht, abzunehmen und in Betrieb halten. Dabei sollten wir uns auch aus Kostengründen Anlehnungspartner suchen – möglichst in Osteuropa –, die mit uns zusammen die Helikopter betreiben.

Sie machen auch Standort-Debatte wieder auf.

Das betrifft eine kleine Zahl. Dort, wo es neue Fakten gibt, sollte neu geprüft werden. Beispiel Baden-Württemberg: Als seinerzeit Minister de Maizière beschlossen hatte, den Standort Donaueschingen zu erhalten, geschah dies vor dem Hintergrund des besonderen Stellenwertes der deutsch-französischen Brigade. Nun ziehen die Franzosen ab. Da ist die Frage doch legitim, ob man den deutschen Anteil in Donaueschingen belässt, dort für viel Geld eine Schießanlage baut und schlechte Übungsmöglichkeiten hat. Gleichzeitig aber schließt man Standort-

te mit allen Voraussetzungen, die nah am Truppenübungsplatz liegen – wie Sigmaringen und Meßstetten. Ist das klug?

Gibt es andere Beispiele?

Etwa der Standort Altenstadt. Da verlagert man die Fallschirmausbildung nach Oldenburg, um dann festzustellen: Das geht dort gar nicht so. Die Soldaten müssen ihre Übungen in Südfrankreich machen. Da fragen wir, ob Altenstadt nicht doch der glücklichere Standort ist.

Tragen die Debatten nicht doch zu neuer Unruhe in der Truppe bei? Nun werden auch andere Seiten Wünsche vortragen.

Das ist ein Argument des Koalitionspartners, der mitunter meint, er müsse noch die alte Bundesregierung in Schutz nehmen. Wir müssen aber gemeinsam die neue Bundesregierung zum Erfolg führen. An der Spitze des Ressort steht nun eine Ministerin, die zumindest mit unbefangenen Blick auf die Dinge schaut und schon vieles an Veränderungen angestoßen hat, die mit dem Vorgänger nicht machbar gewesen wären.

Verändern die aktuellen Spannungen um die Ukraine die Sicht auf die Aufgabenstellung der Bundeswehr?

Dort, wo sich die Krise akut vollzieht, gibt es keine Option auf eine militärische Reaktion. Überhaupt keine. Aber in der Nato gerät die Kernaufgabe der Bündnisverteidigung wieder stärker in den Fokus – und die absolute Verlässlichkeit bei der kollektiven Sicherheit.